

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 24

Gründet Sonntag, 2. August 1891 als „Zeitung für die Buchbinder“, 1.50 M. Nur Postbezug. Zerstörung bei allen Postanlässen.

Berlin, den 8. Juni 1930

Geschäftsstelle: Berlin O2, Neuer Markt 6-12IV. Fernruf: Berlin E2, Rappiergraben 1129. Abgelassen werden nicht aufgenommen.

46. Jahrgang

## Schafft Arbeit

### für die Millionen der Hungernden!

Im Zeichen dieser Forderung veranstalteten die freien Spitzenverbände, ADB, und AFA, am 30. Mai in Berlin eine große Kundgebung, zu der auch das Reichsarbeitsministerium mit einer starken Vertretung und mit dem Reichsarbeitsminister selbst erschienen war.

Für den Schutz der Arbeitskraft sprach Spliedt, der Leiter der Sozialpolitischen Abteilung im ADB, und gegen wirtschaftliche Katastrophopolitik Eggert, der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung. Nach den Referaten ergriff der Reichsarbeitsminister, Herr Dr. Stegerwald, das Wort, um die Not der Regierung im Kampf um die Behebung der Arbeitslosigkeit darzulegen. Die Kundgebung war besetzt von Vertretern aller dem ADB, und der AFA angeschlossenen Verbände.

Der erste Referent, Spliedt, verwies zunächst auf die außerordentlichen Staatsschwierigkeiten, in denen sich Reich, Länder und Kommunen befinden und die zurzeit den gewünschten Anlaß abgeben, einen

#### Generalangriff auf die Einrichtungen der deutschen Sozialpolitik

durchzuführen. Zu untersuchen ist daher die Behauptung, ob wirklich die Sozialpolitik die Ursache der gegenwärtigen Finanznot des Reiches ist und ob durch einen Abbau der Sozialpolitik eine Sanierung der öffentlichen Wirtschaft und gleichzeitig eine Belebung der Volkswirtschaft erzielt werden kann. Die Angriffe richten sich in erster Linie gegen die Sozialversicherung, sie verlangen eine Einschränkung der sozialen Leistungen. Wenn die Arbeitslosenversicherung mit einer Verschuldung gegenüber dem Reich von fast 800 Millionen heute in der Tat zu einer der schwersten Belastungen des Reichsetats geworden ist, dann ist dafür weder eine falsche Konstruktion der Versicherung, noch ein unrationell arbeitender Verwaltungsapparat, noch ein ins Gewicht fallender Mißbrauch der Leistungen, sondern ausschließlich

#### die furchtbare Arbeitslosigkeit verantwortlich.

Deren Lasten zu tragen ist die vornehmste Pflicht des Staates, solange die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Aufnahme der Arbeitssuchenden in die Wirtschaft nicht gelingt. An dieser Notwendigkeit kann durch keinerlei Reform Wesentliches geändert werden, darum können auch keinerlei Reformen wesentliche finanzielle Entlastungen zur Folge haben. Auch die Beschlüsse, die der Vorstand der Reichs-

anstalt gegen die Stimmen der maßgebenden Gewerkschaften gefaßt hat, können diesen Erfolg nicht haben. Denn nicht auf dem Wege kleinlicher und schikanöser Beschränkungen der Leistungen, sondern nur auf dem Wege gesunder und auf lange Sicht angelegter Arbeitsmarktpolitik kann eine wirkliche Entlastung erzielt werden. Darum kann heute und wahrscheinlich auf absehbare Zeit hinaus auf eine umfassende Versorgung der Arbeitslosen, die eine Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit in sich schließt, nicht verzichtet werden.

Mit dem Kampf um den Abbau der sozialen Leistungen verbinden sich, und zwar nicht zufällig,

#### die Angriffe des Unternehmertums auf das Lohnniveau des Arbeiters.

Niemals werden die Gewerkschaften anerkennen, daß eine weitere Verminderung der Massenkaukraft der vornehmlich auf den Inlandsmarkt angewiesenen Wirtschaft einen gesunden Antrieb geben können. Beide, der Kampf um die Sozialversicherung und der Kampf um den Lohn, verfolgen das gleiche Ziel: Bei der Verteilung der inneren Lasten den Lebensstandard des deutschen Arbeiters zu senken. Diesem Streben gegenüber erklären die Gewerkschaften rechtzeitig und deutlich in aller Öffentlichkeit, daß sie solchen Versuchen den feierlichen Protest und

#### die ganze Widerstandskraft der deutschen Arbeitnehmerschaft entgegenstellen werden.

Hatte Spliedt die Krisenerscheinungen von der sozialpolitischen Seite aus erörtert, dann untersuchte Eggert das Problem von der wirtschaftspolitischen Seite. Nach ihm ist ein Unterschied zu machen zwischen der Lage auf dem Arbeitsmarkt, die tatsächlich katastrophal ist, und der Entwicklung der Unternehmungen, die im Durchschnitt die gleichen Mengen produzieren wie in den Vorjahren und die gleichen Dividenden verteilen konnten. Während also die Arbeitskraft brach lag, ist bei den Unternehmungen nur eine Stockung eingetreten. Die Ursachen der augenblicklichen Krise sind die oft falschen Rationalisierungsmaßnahmen, die Zollpolitik, die Preispolitik der Kartelle und besonders die rückstandslose Droffselung der Auslandskredite.

Die von den Unternehmern vorgeschlagene Lohnsenkung würde bedeuten, daß die Kaufkraft des Inlandsmarktes, der mehr als

vier Fünftel der deutschen Produktion aufnimmt, geschwächt würde. Wie kann man überhaupt von einer Senkung der Löhne in einem Augenblick reden, in dem die Regierung sich bemüht, die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben? Die Gewerkschaften verlangen Preissenkungen, um die verminderte Kaufkraft wieder anzuregen. Wenn diese Preissenkungen zu einer zeitweiligen Verringerung der Rentabilität führen, dann ist das volkswirtschaftlich gerechtfertigt.

#### In Notzeiten muß die Kapitalbildung hinter der Forderung nach Stärkung der Kaufkraft zurücktreten.

Das fehlende Kapital ist vom Auslande hereinzuholen. Die dürftige Lebenshaltung der Erwerbslosen muß trotz der augenblicklichen Krise sichergestellt werden. Die Gewerkschaften haben schon vor Monaten ein Notopfer vom Besitz und Vermögen gefordert. Steuern schaffen zwar keine neue Kaufkraft, doch sie lenken die Kaufkraft an die gefährdeten Punkte und können daher, planmäßig angewendet, eine Wirtschaftsbelebung in die Wege leiten. Die Regierung hat die Pflicht, planmäßige Konjunkturpolitik zu treiben und insbesondere eine Stärkung des Baumarktes zu erstreben. Die Not ist groß. Die Stunde mahnt. Alle Verantwortlichen mögen sich bewußt sein: Es geht ein Schrei durch das Volk:

#### „Verantwortliche, gebt Arbeit!“

Der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald benutzte die Gelegenheit, um zu den angeschnittenen Problemen Stellung zu nehmen. Er ging aus von der gegenwärtigen Weltkrise, die in den großen strukturellen Wandlungen der Weltwirtschaft ihre Ursache hat. Die Produktionsfähigkeit in Industrie und Landwirtschaft ist dem Bedarf weit voraus geeilt. (Aus dieser Erkenntnis müßte der Minister auch schließen, daß der Bedarf zweifellos befriedigt werden kann, wenn die notwendigen Voraussetzungen dazu geschaffen werden.) Stegerwald kam dann auf die Krisen der Landwirtschaft und auf die Vertnappung des Kapitalmarktes usw. zu sprechen. Die Kapitalnot ist groß, denn um zwei Millionen Arbeitslose normal beschäftigen zu können, sind etwa sechs Milliarden Mark notwendig. Bei 70 Milliarden Mark Volkseinkommen entfallen 46 Milliarden auf Löhne und Gehälter, davon auf Arbeiter und Angestellte 33 bis 34 Milliarden. Deutschland gibt aus für Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenfürsorge 6,5 Milliarden, für Wohlfahrtspflege 1,5 Milliarden, für Kriegsbeschädigte 1,4 Milliarden, an Beamtenpension 1,9 Milliarden, für Reparationen 2 Milliarden und an höheren Zinsen 2 Milliarden. Das macht für diese sechs Posten allein über 15 Milliarden Mark oder 20 Proz. des Volkseinkommens oder 30 Proz. der Löhne und Gehälter oder etwa 44 Proz. des Einkommens,

das die versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten beziehen. Die Reichsregierung hoffe, wenn der Reichstag ihren Vorschlägen zustimmt, in kurzer Frist 120 000 bis 150 000 Arbeitern durch eigene Auftragserteilung Arbeit und Brot verschaffen zu können. Für die übrigen Arbeitslosen müsse anderweitig gesorgt werden.

Die Aussprache brachte eine wertvolle Ergänzung zu den in den Hauptreferaten vorgebrachten Forderungen und Vorschlägen. Zugleich waren sie eine schwere Anklage gegen die verkehrte Wirtschaftspolitik, wie sie in Deutschland geübt wird.

Der Vorsitzende dieser Kundgebung, Peter Graßmann, faßte zum Schluß den Ernst der Situation noch einmal zusammen. Die Arbeiterchaft werde jetzt alle Kräfte zusammenfassen, um in den kommenden Stürmen bestehen zu können. Wenn es keine Gewerkschaften gebe, dann müßten sie in dieser Zeit geschaffen werden, da ohne sie der Arbeitende sowohl als der Arbeitslose von Lohndruck und Arbeitslosigkeit zermalmt würden. Es liegt nun an der Regierung und an den Unternehmern, ihr Möglichstes zur Behebung der katastrophalen Notlage in den Kreisen der deutschen Arbeiterchaft zu tun.

Schuhindustriellen Bata angewendete System, das mit den Vorschlägen von Neumayer und Schwenger nach verschiedenen Seiten gewisse Ähnlichkeiten aufweist. Nach dem Bata-System befinden sich Arbeiter und Meister der einzelnen Abteilungen des Betriebes in der Stellung selbständiger Unternehmer, die an dem Gewinn des Unternehmens beteiligt sind. Theoretisch eröffnen sich ihnen scheinbar wesentliche Verdienstmöglichkeiten. Praktisch unterliegen jedoch Arbeiter wie Meister der schlimmsten Ausbeutung, da die Durchschnittslöhne außerordentlich niedrig sind und ihre wesentliche Ueberschreitung nur durch größte körperliche Anstrengung und weitgehende Ueberschreitung der normalen Arbeitszeit möglich ist. Auf das gleiche laufen die neuen lohnrechtlichen Rationalisierungsvorschläge hinaus, die deshalb die Anerkennung der Arbeiter nicht finden können. Die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ist durch die statifindende Rationalisierung der Betriebe nachgerade an einem Punkte angekommen, der nicht überschritten werden darf. Aber auch der Staat hat alle Ursache, dieser Entwicklung nachzugehen und dafür zu sorgen, daß sie nicht in noch schlimmerem Maße soziale Schädigungen hervorruft, als es bereits geschehen ist. Mt.

## Volkswirtschaftlicher Raubbau.

### II.

Mit diesen Erfolgen des an der menschlichen Arbeitskraft betriebenen Raubbaues sind die Rationalisierungsfanatiker aber noch nicht zufrieden. Es wird von ihnen nach weiteren Mitteln gesucht, die Ausbeutung zu verschärfen. In dieser Hinsicht verdient eine Abhandlung des Oberingenieurs W. Neumayer und Dr. Schwenger in Nr. 3 des „Magazins der Wirtschaft“ Beachtung, die da zeigt, wie man nach der lohnrechtlichen Seite zu noch besseren Produktionsergebnissen kommen kann. Die genannten Verfasser gehen hierbei von der Ansicht aus, daß bei den seither in Anwendung gebrachten Rationalisierungsmethoden überwiegend nur die arbeitstechnische Seite, nicht aber auch das menschliche Element, also die psychologische Seite des Arbeiters berücksichtigt wurde. Aus diesem Grunde empfehlen sie eine neue Entlohnungsmethode, deren Einzelheiten auf eine Verfeinerung des Akkordlohnes abzielen. Dabei soll der Aufbau des Lohnes auf genauen Zeitstudien beibehalten, seine betriebspolitische Auswirkung dagegen verbessert und sichergestellt werden.

Nicht mit Unrecht bemängeln die Verfasser, daß mit dem Akkordlohnsystem und den damit in Verbindung gebrachten Antriebsmitteln nur sehr begrenzte Leistungen zu erzielen sind, da der Akkordlohn üblicherweise prompt reduziert wird, wenn der erzielte Arbeitsverdienst etwas über den Durchschnitt steigt. Hierdurch gehe nicht nur beim Arbeiter der psychologische Anreiz verloren, die gegebenen Verdienstmöglichkeiten voll auszuschöpfen, sondern es werde auch eine gefährliche Mißtrauensbildung im Betriebe verursacht. Ferner nehme die bisherige Form der Akkordentlohnung auf die Zusammenarbeit der Belegschaft nicht genügende Rücksicht. Schließlich gewähren die Betriebsleistungen im allgemeinen von vornherein nur eine sehr begrenzte Ueberschreitung des Grundlohnes. Um diese Mängel zu beseitigen, werden möglichst stabile Akkorde gefordert, die individuelle Ueberverdienste zulassen. Außerdem sollen nicht nur die produktiven Arbeiter, sondern auch die Angestellten und Meister an der Mehrarbeit der einzelnen Abteilungen und Arbeitsgruppen beteiligt werden. Für die Meister wird ferner noch eine besondere Vergütung für Einsparungen an den Abteilungskosten empfohlen.

Als Ergebnis der neuen Lohnmethode wird in Aussicht gestellt, daß die Individualität des Arbeiters wieder zur vollen Geltung komme. Er würde sich als Leistender anerkennen und aus der Menge hervorgehoben fühlen. Hieraus entspreche für alle Teile eine automatische Anteilnahme an den Vorteilen der Rationalisierung.

Dieser Optimismus ist offenbar gut gemeint, doch ist nicht darauf zu rechnen, daß damit eine

befriedigende Lösung der Rationalisierungs- und Lohnfrage, geschweige denn mehr erreicht wird. Bei der von den Unternehmern gezeigten sozialen Verstandlosigkeit fällt es



ihnen gar nicht ein, den Arbeitern freiwillig einen größeren Lohnanteil einzuräumen. Zum erheblichen Teile sind schon die bisher zur Anwendung gebrachten Lohn- und Prämiensysteme darauf zugeschnitten, die Arbeiter durch besondere Lohnvorteile zur Entwicklung der höchsten Leistungsfähigkeit anzuspornen. Nur erzielen die Arbeiter — wie die Verfasser zutreffend feststellen — keinen Vorteil daraus. Was ihnen bleibt, ist nur eine Mehrverausgabung von Arbeitskraft, die nicht bis ins Unendliche fortgesetzt werden kann. Hieran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Das beweisen die Erfahrungen auf tariflichem Gebiete. Die Tariflöhne sind Mindestlöhne, bieten also den Unternehmern Gelegenheit, besondere Leistungen mit höheren Löhnen zu belohnen. Das geschieht jedoch nur in verhältnismäßig geringem und durchaus unzulänglichem Umfang, da die Unternehmer jeden durch besondere Leistung über den Durchschnitt erzielten Mehrverdienst als einen Gewinnverlust betrachten.

Wie die Durchführung der vorgeschlagenen lohnrechtlichen Rationalisierung in der Praxis aussehen würde, zeigt das von dem tschechischen

## Internationales.

### Internationale Zusammenarbeit im graphischen Gewerbe.

Infolge von Anträgen, Beschlüssen und Besprechungen an Konferenzen, Kongressen und Kommissionssitzungen der drei internationalen graphischen Berufsorganisationen, ebenso infolge der in einzelnen Ländern bestehenden graphischen Industrieverbände erfolgte vorerst auf dem Korrespondenzwege zwischen den drei Exekutiven ein Meinungs-austausch über die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit. Im April fand in Bern im Sekretariat der Buchbinder eine entsprechende Aussprache zwischen den drei internationalen Sekretären statt mit dem Ergebnis, daß der Sekretär der Buchdrucker den Auftrag übernahm, zum erwähnten Zweck dienliche Richtlinien aufzustellen.

Aus Anlaß der Sekretariatskommissionssitzung der Buchdrucker vom 17. bis 19. Mai in Interlaken fand eine gemeinsame Sitzung der Buchdrucker mit den Lithographen zur Regelung der Offsetfrage statt am 18. Mai eine solche aller drei Exekutiven, der Buchdrucker, Lithographen und Buchbinder. Diese nahm nach erfolgter Diskussion folgende Resolution einstimmig an:

„Die Exekutiven der drei Internationalen des graphischen Gewerbes traten am 18. Mai 1930 in Interlaken zusammen, um über die Richtlinien für ein möglichst enges Zusammenarbeiten zu beraten. Nach eingehender Aussprache wird festgestellt und beschlossen:

Alle Vertreter der drei Internationalen bekunden den festen Willen, künftig in allen gemeinsam berührenden Fragen kameradschaftlich zusammenzuarbeiten und zu handeln. Die Sekretariate werden beauftragt, in ständiger gegenseitiger Fühlungnahme alle Maßnahmen zu treffen, die in Ausführung dieses Beschlusses jeweils als notwendig zu erachten sind.“

## Die Magdeburger Meisterkurse für Buchbinder.

Die Kurjusteuerung schreibt uns:

Die große Magdeburger Schulinstitution, in deren äußerem Rahmen die Kurse stattfinden, führt in ihrem Titel neben der etwas verschwommenen Bezeichnung „Kunstgewerbe“ auch noch die Charakterbestimmung einer Handwerkerlehre. Die ausgedehnten und großzügig angelegten Werkstattbetriebe unserer Schule sind von einer reinen, klaren und durchsichtigen

Geistesatmosphäre erfüllt. Wir dienen der Sache und wenn man will, auch der „Sachlichkeit“, aber wir halten uns bewußt von lebloser Starrheit fern, denn wir wissen nur zu genau, daß dort, wo die Hand nicht auch vom lebendigen Gefühl geführt wird, nichts Haltbares geschaffen werden kann. Und modischen Tagesströmungen zu erliegen, sind wir nicht gewillt!

Der Leitung der Magdeburger Provinzial-Meisterkurse ist sich nur zu genau bewußt, daß die Kardinalfrage der arbeitenden Menschheit „Hand oder Maschine“, oder unzweideutiger ausgedrückt „Hand und Maschine“, baldmöglichst zur Lösung gebracht werden muß.

Wir suchen die ruhige Erwägung, das nivellierende Element, trotzdem wir die faule Konzeption, das laßche Kompromiß ablehnen. Wir schlagen die Brücke vom Handwerk zur Maschinenarbeit. Wir versuchen die Verquickung der Vernunft des Dentapparates mit dem Gefühl des Handgefehtes.

Die Welt der Technik in ihrer verwirrenden Kompliziertheit entschleiert sich uns, den Wissenden und Könnenden, als der Weg zur gradlinigen Einfachheit, zur Wertreinheit, zur spirituellen als auch zur materiellen Präzision. Wir wollen, daß die motorische Kraft dienlich wird dem Kopf, dem Herz und der Hand des aufrechten Arbeiters von Charakterstärke und Willensenergie.

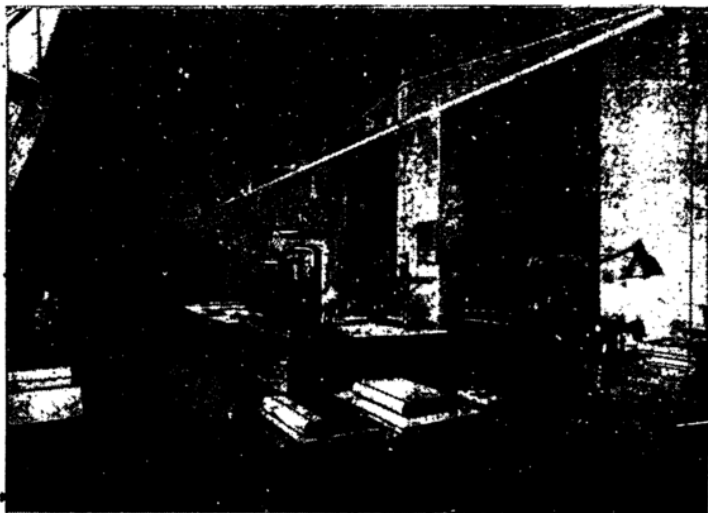
Die Provinzial-Meisterkurse Magdeburg sollen der Ort sein, wo dem zukunftsrohen Wertmenschen durch seinen Freund, dem Lehrer, die Möglichkeit geboten wird, sich selbst auf rationellstem Wege zu einem Meister seines Faches zu entwickeln. In der Zeit vom August bis September dieses Jahres werden zum ersten Male die Provinzial-Meisterkurse in Magdeburg abgehalten werden. Anschließend daran bietet sich jedem Gehilfen die Möglichkeit, die Meisterprüfung abzulegen. Der Zweck der Kurse ist, den zu Prüfenden auf die Meisterprüfung vorzubereiten. Die Prüfung selbst findet ungefähr Mitte Oktober statt. Nach Absolvierung der Kurse ist für die Anfertigung der Prüfungsstücke eine Zeitdauer von 10 bis 14 Tagen vorgesehen.

Die Buchbinderlehrwerkstätten der Magdeburger Meisterkurse sind die am besten eingerichteten Deutschlands. An etwa 20 Arbeitsplätzen mit den umfassendsten und vollkommensten Handwerksrichtungen versehen, reihen sich die Maschinenstöße an, die wieder sämtliche Hilfsmaschinen allerneuester Modelle beherbergen. Der Absolvent der Provinzial-Meisterkurse für Buchbinder wird in die Handhabung und Bedienung der mannigfachen Maschinen eingeweiht, er lernt aus dem Produkt der Maschine die modernen, rationellen Arbeitsmethoden erkennen und begreifen.

In den theoretischen Unterrichtsfächern wird der Materialkunde, die alle Gebiete umfaßt, sowie auch dem Kalkulationswesen die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Der Maschinenarbeit geht die rein handwerkliche Tätigkeit voran von der Erwägung ausgehend, daß nur derjenige der Maschine ein vollwertiges Arbeitsprodukt abgewinnen kann, der sein Handwerk von Grunde auf versteht.

Die Meisterkurse für Buchbinder in Magdeburg sind jedoch nicht nur für solche gedacht, die ihre Meisterprüfung abzulegen gedenken. Alle Meister und Gehilfen, die ihr Wissen vertiefen und ihr Können befestigen wollen, sind eingeladen, diese achtwöchigen Kurse zu besuchen. Sie werden die letzten Errungenschaften, die die heutige Zeit an ihr schönes Handwerk stellt, kennenlernen.

Die Leitung des Provinzial-Meisterkurses für Buchbinder konstruiert nicht künstlich einen Gegensatz zwischen Handwerksarbeit und Maschinenarbeit. Für sie ist die Maschine die logische und organische Fortentwicklung des Handwerkszeuges. Sie geht von dem Grundsatz aus, daß das handwerkliche Können die erste Voraussetzung ist, aus der sich alle Fortgerungen von selbst ergeben. Unsere Zeit verlangt neben dem



Handbindewerkstatt der Magdeburger Meisterkurse.

Einzelprodukt die Massenware. Es ist das Ideal dieser unserer Zeit, die beiden Begriffe Quantität und Qualität zu einer ethischen Einheit zu verbinden.

### Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige

hat das 1. Quartal 1930 mit folgendem Rechnungsergebnis abgeschlossen:

Abteilung Krankenkasse:	
Beitragseinnahme in Abt. B . . . . .	104 135,— M.
Beitragseinnahme in Abt. A . . . . .	66 583,40 "
Beiträge nach § 8 Abf. 18 . . . . .	758,— "
Beiträge nach § 14 Abf. 3 . . . . .	15 320,90 "
Beiträge nach § 24 Abf. 18 . . . . .	1 225,80 "
Kapitalerträge . . . . .	6 315,57 "
Eintrittsgelder . . . . .	108,— "
Sonstige Einnahmen . . . . .	178,54 "
<b>Summa . . . . .</b>	<b>194 625,21 M.</b>
Bestand von 1929 . . . . .	355 117,42 "
<b>Gesamtsumme . . . . .</b>	<b>549 742,63 M.</b>
Leistungen in Abt. B . . . . .	90 740,70 M.
Leistungen in Abt. A . . . . .	64 825,94 "
Persönliche Verwaltung . . . . .	15 713,16 "
Sächliche Verwaltung . . . . .	4 910,54 "
An den Invalidenfonds . . . . .	15 320,90 "
An den G.-B.-Fonds . . . . .	1 225,80 "
Sonstige Ausgaben . . . . .	83,31 "
<b>Summa . . . . .</b>	<b>192 820,35 M.</b>
Vortrag auf 2. Quartal 1930 . . . . .	356 922,28 "
<b>Gesamtsumme . . . . .</b>	<b>549 742,63 M.</b>

Abteilung Sterbekasse:	
Beitragseinnahme usw. . . . .	12 692,50 M.
Kapitalerträge . . . . .	5 959,29 "
<b>Summa . . . . .</b>	<b>18 651,79 M.</b>
Bestand von 1929 . . . . .	252 918,90 "
<b>Gesamtsumme . . . . .</b>	<b>271 570,69 M.</b>
Leistungen . . . . .	7 711,— M.
Verwaltungskosten usw. . . . .	1 326,46 "
<b>Summa . . . . .</b>	<b>9 037,46 M.</b>
Vortrag auf 2. Quartal 1930 . . . . .	262 533,23 "
<b>Gesamtsumme . . . . .</b>	<b>271 570,69 M.</b>

Abteilung Invalidenkasse:	
Beiträge nach § 14 Abf. 3 . . . . .	15 320,90 M.
Kapitalerträge . . . . .	1 324,— "
<b>Summa . . . . .</b>	<b>16 644,90 M.</b>
Bestand von 1929 . . . . .	29 098,15 "
<b>Gesamtsumme . . . . .</b>	<b>45 743,05 M.</b>
Leistungen . . . . .	12 212,50 M.
Druckfachen . . . . .	20,50 "
<b>Summa . . . . .</b>	<b>12 233,— M.</b>
Vortrag auf 2. Quartal 1930 . . . . .	33 510,05 "
<b>Gesamtsumme . . . . .</b>	<b>45 743,05 M.</b>

Generalversammlungsfonds:	
Beiträge nach § 24 Abf. 18 . . . . .	1 225,80 M.
Kapitalerträge . . . . .	7,50 "
<b>Summa . . . . .</b>	<b>1 233,30 M.</b>
Bestand von 1929 . . . . .	5 471,61 "
<b>Gesamtsumme . . . . .</b>	<b>6 704,91 M.</b>
Revisionen in den Zweigstellen . . . . .	57,— M.
<b>Summa . . . . .</b>	<b>57,— M.</b>
Vortrag auf 2. Quartal 1930 . . . . .	6 647,91 "
<b>Gesamtsumme . . . . .</b>	<b>6 704,91 M.</b>

Von der Gesamteinnahme der Krankenkasse wurden verwendet: für Leistungen 79,94 Proz. (unter Berücksichtigung der den invaliden Kollegen zugeführten Beiträge 86,20 Proz.), für persönliche Verwaltungskosten 8,07 Proz., für sächliche Verwaltungskosten 2,52 Proz., für Ueberweisung an den Invalidenfonds 7,87 Proz., für Ueberweisung an den Generalversammlungsfonds 0,63 Proz., für Ueberweisung an den Reservefonds 0,93 Proz. und für Sonstiges 0,04 Proz.

Von der reinen Beitragseinnahme wurden in der Abteilung B 87,13 Proz. für Leistungen ausgegeben, während in der Abteilung A 97,36 Proz. in Frage gekommen sind. Die erstere Abteilung hat damit seit Jahren zum ersten Male einen günstigeren finanziellen Abschluß gefunden als die Abteilung A, so daß dem Reservefonds ein, wenn auch kleiner, so für das 1. Quartal aber immerhin beachtlicher Betrag zugeführt werden konnte.

In der Sterbekasse wurden von der Gesamteinnahme verwendet: für Leistungen 41,35 Proz., für Verwaltungskosten usw. 7,11 Proz. und dem Rücklagefonds zugeführt 51,54 Proz.

In der Invalidenkasse erforderten die Leistungen eine Ausgabe in Höhe von 73,38 Proz. der Gesamteinnahme; für Druckfachen mußten 0,12 Proz. verwendet werden, so daß der Reserve 26,50 Proz. zugeführt werden konnten.

An Krankmeldungen gingen einschließlich des vom Vorjahr verbliebenen Bestandes 1929 ein. Gesunbmeldungen erfolgten 1542, so daß auf das 2. Quartal ein Krankenbestand von 383 übernommen werden mußte. Die Zahl der Unterstützungstage betrug 57 412, gegenüber 72 024 im 1. Quartal des Vorjahres.

Die Barvermögensbestände bezifferten sich am Schlusse des 1. Vierteljahres wie folgt:

Krankenkasse . . . . .	356 922,28 M.
Sterbekasse . . . . .	262 533,23 "
Invalidenkasse . . . . .	33 510,05 "
G.-B.-Fonds . . . . .	6 647,91 "
<b>Gesamtsumme . . . . .</b>	<b>659 613,47 M.</b>

G. 3.

### Berichte.

**Bünde i. Westf.** Am 22. Mai hielten wir unsere Vierteljahrsversammlung ab, zu der auch Gauleiter Kollege Kornacker erschienen war. Diese Versammlung hätte besser besucht sein können in Anbetracht des außerordentlich wichtigen Vortrages. Waren doch in der vorigen Versammlung etwa 60, in dieser dagegen nur 35 Mitglieder anwesend. Genügnung aber fand der Redner an der beispiellosen Aufmerksamkeit aller Erscheinenden. Gerade augenblicklich ist sehr viel los. Besonders in der Kartonagenindustrie, in der Tausende auf dem Pflaster liegen, stehen noch viele Gesichte offen. Die Forderung auf Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 55 bis 60 Jahre und auf Verkürzung der Arbeitszeit muß unbedingt aufrechterhalten werden. Ueberstunden sollen ganz und gar unterbleiben. Kornacker erläuterte unsere einzelnen Beitragskassen und Unterstützungseinrichtungen, er erwähnte besonders die Vorteile der höheren Beitragsklassen, vornehmlich die der Invalidenversicherung in der 5. Klasse. Siegreiche Kämpfe kosten Material (Geld) und die Kolleginnen und Kollegen sollten darum auch in ihrer zuständigen Beitragsklasse steuern. Gehören doch von etwa 80 Mitgliedern etwa 40 der 1. Beitragsklasse an, darunter natürlich viele jugendliche Kolleginnen.

Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Kornacker für den trefflichen Vortrag, er unterstrich seine Worte, die uns praktischer nicht ausgelegt werden konnten. Ganzlich ausgeschlossen muß es sein, daß Mitglieder 3 bis 4 Jahre in der 1. Klasse verbleiben, denn mit zunehmendem Alter steigern sich doch auch die Löhne. Die 1. Klasse soll doch nur eine Anfangsstufe für neuentretende jugendliche Mitglieder sein.

Alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen mögen es an Aufklärung und Weiterverbreitung des Gehörten nicht fehlen lassen. Worauf immer wieder hingewiesen werden muß, ist die unbedingte pünktlichere Beitragszahlung, die von einer ordnungsgemäßen Abrechnung bedingt wird. Zum Schluß wurde noch hingewiesen auf das zehnjährige Bestehen unserer Zeitschrift im Januar 1931. Darauf konnte der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung schließen.

**Cottbus.** In der am 24. Mai stattgefundenen Versammlung gedachte der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung des Kollegen Werhan, dessen Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Kollegin Schubert erstattete den Kartellbericht. Nach diesem soll eine Erhöhung des Kartellbeitrages eintreten. In der Aussprache wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß diese Erhöhung die Klassen der Gewerkschaften schwer belastet. Vom Beiratsmitglied des Gaus Nordosten lag ein Schreiben betr. Unterstützung der Ausgesteuerten vor. In eingehender Aussprache wurde die Stellung der Zeitschrift Cottbus dahingehend präzisiert, daß eine Beiratsagung nicht den gewünschten Erfolg haben würde und daß die Kosten dieser Sitzung besser zur Unterstützung der Ausgesteuerten dienen können. Die Nichterhöhung der Beiträge auf dem Düllesdorfer Verbandstag wirkte sich jetzt aus. In einer Sitzung hat der Vorstand der Zeitschrift beschlossen, den Ausgesteuerten aus lokalen Mitteln eine Extrarunterstützung zu Pfingsten zu gewähren. Dem Vorschlag des Vorstandes gemäß wurde beschlossen: Alle vor dem 1. Mai Ausgesteuerten erhalten fünf Tagesgelder, alle nach dem 1. Mai Ausgesteuerten vier Tagesgelder ihrer jeweiligen Hauptunterstützung als Extrarunterstützung.

Für den Kollegen Tag, der sein Amt als Revisor niederlegte, wurde Kollege Franke gewählt und als Nachfolger für den Kollegen Werhan Kollege Walter als Delegierter zum Ortsausschuß.

Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß die Besichtigung der Vereinsbrauerei am 31. Mai erfolgt. Mit der Zeitschrift Spremberg findet am 13. Juli ein Treffen statt, um die Gesellschaft innerhalb der Zeitschriften zu heben. Zur Spreewaldfahrt des Gaus Nordosten konnte noch nicht eingehend Stellung genommen werden, da nähere Mitteilungen noch ausstehen.

Den „Kinderfreunden“ wurden 5 Mt. aus der Botalasse überweisen. Durch aufklärende Vorträge soll versucht werden, das Versammlungsleben zu heben. Allgemein wurde bedauert, daß die Seifhennersdorfer Kollegenschaft ihre Anwesenheit in Cottbus der Zeitschrift nicht mitteilte. Nachdem vom Vorsitzenden darauf hingewiesen war, daß die Versammlungen dazu da sind, um die einzelnen Meinungen zur Aussprache zu stellen und jedes einzelne Mitglied seine Ansicht äußern soll, konnte die Versammlung geschlossen werden.

**Erfurt.** Von unserem Vorsitzenden, Kollegen Schwarz, angeregt, unternahmen wir am 25. Mai eine Wanderung nach Gierstädt, um uns dort mit den Kollegen aus Gotha und Langensalza zu treffen. Dunkle Wolken hingen am Himmel, als wir früh durch die noch schlafenden Dörfer marschierten. Endlich kam auch die Sonne zum Vorschein und vertrieb uns gutes Wetter. In Teilstal wurde erstmals gefrühstückt und dann ging es weiter am schäumenden Bach entlang, der durch das vorausgegangene Regenwetter angeschwollen war. Hier mußten wir zeigen, ob wir noch springen konnten. Alle Minuten gingen mal rüber, mal näher, wie es gerade der Weg verlangte. Kollege Machner, Weimar, als unser Kletterer, ließ sich nicht verdrießen, er sprang feste mit. Alles lachte, wenn wieder mal einer mit dem Wasser in nähere Berührung kam, am liebsten natürlich unsere Jugendgruppe. Der ausgewählte Boden machte uns viel zu schaffen, doch förderte uns das nicht. Es kamen dann auch bessere Wege und wir wurden entschädigt. Nach fünfständiger Wanderung, die sehr reich an schönen Ausblicken war, erreichten wir endlich unser Ziel. Dort saßen bereits einige Erfurter, die mit der Bahn vorausgefahren waren.

Aber wo waren die Kollegen aus Langensalza und Gotha? Kein Mensch war zu sehen! Störte dies anfangs auch etwas, dann konnten wir es schließlich nicht ändern. Wir hielten gute Mittagsrast, dann gingen ans Reinemachen der Schuhe und der Kleidung. Die sahen böse aus!

Zwei Kollegen aus Tennstedt kamen per Rad noch an, und als wir schon ans Scheiden dachten, kam — Gotha noch an. Zwar auch nur einige Kollegen, aber trotzdem war die Freude groß, als wir den Gustav wieder mal sahen. Langensalza blieb aus. Nun gingen ans Erzählen. Die Jugend tanzte und einige Jugendmitglieder gaben humoristische Vorträge zum besten. Schließlich gingen Erfurter und Gothaer über Großfahnen nach Döllstädt, während die Tennstedter schon vorher abgefahren waren. Was haben wir alle gelacht, als unser „Schlang-

menschen“ den Dorfkindern zeigte, wie gelenkig er war. Das halbe Dorf lief hinter uns her. Kollege Machner hatte schon vorher von einer fliegende erzählt, die hörte man immer noch „tappern“.

Von Döllstädt gingen dann per Bahn nach Erfurt und Gotha zurück. Für viele war das Scheiden viel zu früh. Herrlich war's! Es hat allen gefallen, und die, die Angst hatten vor Regenwetter, werden sich nachträglich noch ärgern, daß sie nicht an unserem Treffen teilgenommen haben.

**Hamburg-Altona.** Unsere Zeitschrift hielt am 16. Mai ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Genosse Knebel hielt einen interessanten Vortrag über die „Volksfürsorge“. Die „Volksfürsorge“ ist nach dem Grundgedanken, einer für alle, alle für einen“ errichtet worden. Der Referent schilderte besonders das frivole Geschäftsgebaren der Privat-Versicherungs-gesellschaften, die sich durch ihre scharfen Verfallsbestimmungen große Kapitalien beschaffen haben. Die „Volksfürsorge“ nimmt mit ihren 2 Millionen Versicherungen in der Kleinversicherung den ersten Platz ein. Genosse Knebel warnte vor den sogenannten Zeitschriftenversicherungen, da diese doch nur den einen Zweck verfolgen, die oft sehr mangelhafte Kapitalportage an den Mann zu bringen. Im Zusammenhang mit der „Volksfürsorge“ verwies er noch auf die Arbeiterbank, die uns die Gewähr bietet, daß die von der Arbeiterbank aufzubringen Kapitalien auch nur der Arbeiterbank nutzbar gemacht werden. Mehrere an den Referenten gestellte Anfragen wurden im Schlußwort beantwortet. Der Vortrag des Genossen Knebel fand den ungekündeten Beifall der Versammlung.

Den Geschäfts- und Kasienbericht erstattete sodann Kollege Thierbach. Der Kasienbericht lag gedruckt vor. Die Tätigkeit der Ortsverwaltung erstreckte sich besonders auf die Vertretung vor dem Arbeitsgericht, auf Betriebsversammlungen, auf eine Schiedsgerichtssetzung und auf Erledigung von Differenzen in den Betrieben. Der Jugendpflege und unserer Fachgruppe wurden besondere Beachtung geschenkt. Die Ausführungen des Kollegen Thierbach über das Leben und Treiben in der Fachabteilung wurden vom Kollegen Schacht vorzüglich ergänzt. Kollege Thierbach brachte noch die Anregung des Verbandsvorstandes zur Kenntnis, unsere ausgesteuerten Kollegen aus lokalen Mitteln zu unterstützen. In der Debatte wandte sich Kollege Anforge gegen eine Erhebung von Extrabeiträgen. Er sieht eine Hilfe für die Erwerbslosen nur in einer Verkürzung der Arbeitszeit. Kollege Anforge sprach sich für Einführung eines Extrabeitrages aus. Kollege Anforge kritisierte die Aufstellung der Tagesordnung durch die Ortsverwaltung. Er glaubt, es sei den Mitgliedern nicht genügend Raum gelassen, um sich über Tariffragen usw. auszupprechen, und beantragt als letzten Punkt für jede Tagesordnung den Punkt „Verschiebung“ zu setzen. Dagegen wandten sich die Kollegen Braasch und Konradt. Die übergroße Mehrheit der Kollegenschaft steht auf dem Standpunkt, daß den Mitgliedern der Versammlungsbesuch durch den ungenehmigten Redefluß einer gewissen Richtung verweigert würde. Ein Antrag des Kollegen Lennarz, in der nächsten Versammlung einen Vortrag über die Auswirkung des Young-Planes mit Korreferat halten zu lassen, wurde vom Kollegen Braasch der Ablehnung empfohlen. Kollege Thierbach beantwortete in seinem Schlußwort die während der Diskussion gestellten Fragen. Er gestellte ganz besonders das Verhalten der Opposition, die da glaubt, mit allerlei Lügen die Erwerbslosen gegen die Verbandsleitung aufzutreiben zu können. Als Beweis dafür verliest er ein von der Opposition an die Erwerbslosen herausgegebenes Flugblatt.

Weiter wurde das Verhalten des Kollegen Timm, der den Vertrauensposten eines Revisors bekleidet, geißelt, da er sich eines Vertrauensbruchs schuldig gemacht hat. Dem Wunsch, einen Vortrag über den DDB-Vertrag halten zu lassen, soll nach Möglichkeit entsprochen werden. Ein neues Ortsstatut soll ausgearbeitet und der nächsten Generalversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die Anträge Anforge und Lennarz wurden mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

**Kassel.** Am 24. Mai fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die sich mit der Wählbarkeit des Graphischen Zentralverbandes befaßte, der in der letzten Zeit eifrig bemüht ist, unsere Mitglieder zum Uebertritt zu bewegen, nachdem er früher in der hiesigen Parteidruckerlei beschäftigt gewesen Buchbinder Berard seinen Uebertritt vollzogen hat. Der Vorsitzende, Kollege Kröber, warnte alle Mitglieder dringend davor, der freien Gewerkschaft den Rücken zu kehren. An Hand des Statutes des Graphischen Zentralverbandes führte er alle die Verschlechterungen an, die denen entstehen, die sich von den Christlichen einfangen lassen. Nachdem sich noch einige Kollegen an der Aussprache beteiligt hatten, ermahnte der Vorsitzende, frei allen denen, die heute

nicht anwesend sind, für die notwendige Aufklärung zu sorgen. Der Vorsitzende des Bildungsvereins, Kollege Otto Weber, macht bekannt, daß am 20. Juni in der Kunstgewerbeschule ein praktischer Vortrag über „Handgearbeitete Leberziegel- und Vorlagpapiere“ von der Kunstgewerbelehrerin Fräulein Freije gehalten wird. Er bat auch die Nichtmitglieder des Bildungsvereins, daran teilzunehmen. Zugleich wies er auf die im August stattfindende Besichtigung der Pappensabrik in Heiligenstadt hin und erwartete auch hierbei tege Beteiligung.

**Stuttgart.** In unserer Versammlung am 19. Mai hielt Kollege Dietrich, stellvertretender Präsident des Landesarbeitsamts für Süddeutschland, einen Vortrag über „Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung“. Man sollte annehmen, daß dieses Thema, das in der heutigen Bürgerblockregierung eine besondere Rolle spielt, eine stärkere Beachtung in die Versammlung hätte bringen müssen, als es der Fall war. Wenn auch unser Organ, die „Buchbinder-Zeitung“, und die Arbeiterpresse uns stets auf dem laufenden halten, dann kann eine Versammlung und Aussprache mit einem hervorragenden Kenner der Arbeitslosenversicherung doch manche Unklarheiten beheben. Unser Redner führte etwa folgendes aus: Die Sozialversicherung wurzelt im natürlichen Recht der Arbeiter, auch bei unglücklichen Beschäftigten in der Arbeit oder im täglichen Leben Mensch zu bleiben. Sie ist organisierte Selbsthilfe. Wer in Arbeit tritt, ist Kraft des Gesetzes versichert. Die Versicherung ist in das Arbeitsverhältnis hineingebaut. Der Beitrag stammt aus dem Lohn, im Beitrag wird ein Teil des Lohnes gebunden zur Vorsorge für die Zukunft. Die Sozialversicherung ist ein Abschnitt in unserem allgemeinen Befreiungskampfe, sie ist für uns Arbeiter eine unentbehrliche Lebensform. Man muß es immer wieder sagen: rechtlich bedeutet der eingezogene Versicherungsbeitrag vorgearbeiteter Lohn. Redner schildert das Anwachsen der erwerbsfähigen Bevölkerung. Die Steigerung beträgt 13 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit, trotz Gebietsverkleinerung des Deutschen Reiches. Auch die Verminderung der Geburten in den Kriegsjahren, die sich jetzt und in den kommenden Jahren in der Zahl der Schulklassen zeigt, bringt keine Entlastung des Arbeitsmarktes. Das Gegenteil tritt ein durch die immer stärkere Mechanisierung des Arbeitsprozesses. Die letzte Neuregelung befriedigt uns selbstverständlich nicht, besonders nicht der § 89a, der die Pflichten schafft, aber keine Rechte. Hier weist Redner auf das Kräfteverhältnis der Arbeiterschaft in den Parlamenten hin. Von den circa 16 Millionen Arbeitern sind 5,9 Millionen insgesamt organisiert, das sind 37 Proz. gegenüber 63 Proz. Unorganisierten. Redner bekämpft sich rühmlich als Kämpfer, einer progressiven Veranlagung zur Einkommensteuer, durch die die Krise der Reichsanstalt im gegenwärtigen Augenblick behoben werden kann. Er schloß mit dem Hinweis, daß der Kampf um die Arbeitslosenversicherung ein politischer Machtkampf ist.

Kollege Reichert berichtete anschließend über die verschiedenen Verhandlungen mit dem DDB, die einzelnen Positionen erläutern. Begründend zeigt er, daß infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage nicht mehr zu erreichen war.

Eine Diskussion wurde nicht gewünscht und so konnte die instruktive Versammlung nach einigen Mitteilungen interner Art geschlossen werden.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Ausgeschlossen auf Grund des § 16b des Statuts wurde die Kartonnagenarbeiterin Anja Bornack in Dresden, Buch-Nr. 401 857, geboren am 27. September 1897 in Orlow (Ukraine).

Der Verbandsvorstand.

## Inhaltsverzeichnis.

Schafft Arbeit für die Millionen der Hungernden!  
Volkswirtschaftlicher Raubban. II.  
Merkt du, was die Unternehmer wollen?  
Internationales: Internationale Zusammenarbeit im graphischen Gewerbe.  
Die Magdeburger Meisterkurse für Buchbinder.  
Zentral-Arbeits- und Begrüßungskasse der Buchbinder.  
Berichte: Bünde i. Westf. — Cottbus. — Erfurt. — Hamburg-Altona. — Kassel. — Stuttgart.  
Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Auschluss.